

7 listů 8.4.2009 JmL

MINISTERSTVO NÁRODNÍ BEZPEČNOSTI
ARCHIVNÍ A STUDIJNÍ ÚSTŘEDÍ

Došlo _____
Či. 109-4/658
Přílohy 4

109-4-658

ST S

IV. D - 190 /41.
IV. D - 191 /41.

Der Deutsche Staatsminister.
(p.d.)

20. Sept. 1944.

st.M. 502/44. ✓

M
IX. 1944
2

1.) An Herrn
Oberbereichsleiter Walter,
Ständiger Vertreter des Leiters der
Parteiverbindungsstelle in Böhmen und Mähren,
P r a g IV,
Burg.

Lieber Parteigenosse Walter !

Im Schreiben der Parteiverbindungsstelle in Böhmen und Mähren vom 18.9.d.Js. - Zeichen IC 4400/Dr.K./Ko., die Protektoratszulage betreffend, wird erneut darauf hingewiesen, daß die Aufhebung der Protektoratszulage oder aber ihre Ausdehnung auf die deutschen Protektoratsbediensteten eine dringende politische Notwendigkeit darstelle. Auch ich bin der Auffassung, daß die Frage der Protektoratszulage einer endgültigen Lösung zugeführt werden muß, die übrigens mit Rücksicht auf die Einstellung des Reichsministers der Finanzen nur im Sinne einer Abschaffung liegen wird. Ich halte jedoch diese Frage nicht für derart kriegsdringlich, daß sie im Zeichen des totalen Kriegseinsatzes und unter den gegenwärtigen besonderen Verhältnissen in Böhmen und Mähren entschieden werden müßte. Sobald die allgemeine Lage und die Arbeitsbelastung der

IV 2-1906/47

1a

SO. 202/44

Der Deutsche Staatsminister

(P. 1.)

SO. 202/44

Behörden dies zulassen, werde ich von mir aus
darauf zurückkommen.

An Herrn

Herrn Hofmann

Ständiger Vertreter des Leiters der

Verteidigungsstelle in Böhmen und Mähren

Prag

Prag

18. IX. 1944

2.) Durchschrift nebst 1 Fotokopie an
Herrn Hofmann

In Betreff der Verteidigungsstelle in Böhmen und
Mähren vom 18. IX. 1944 - Kenntnisnahme
Protokollentwurf betreffend, wird erneut darauf hingewiesen,
dass die Aufhebung der Protokollentwürfe über
aber ihre Abänderung auf die deutsche Protokollentwurf-
stellen eine dringende politische Notwendigkeit besteht.
Auch ich bin der Auffassung, dass die Frage der Protokoll-
entwürfe einer endgültigen Lösung zugeführt werden muss,
die übrigens mit Rücksicht auf die Verteilung des Reichs-
ministers der Finanzen nur in einer abschließenden
Form vorliegen wird. Ich bitte jedoch diese Angelegenheit
art kritisch, dass sie im Falle der Entscheidung
einsetzen und unter den gegenwärtigen Umständen verhandelt
werden in Böhmen und Mähren entschieden werden sollte. So-
bald die allgemeine Lage und die Arbeitsbelastung der



18448

2



Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

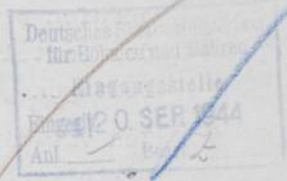
Reichsleitung

Parteiverbindungsstelle
in Böhmen und Mähren

11b

Prag IV, den 18.9.1944.
Burg, Nordflügel
Ortsruf 093, App. 3626-29
Fernruf 4781

An den
Deutschen Staatsminister für Böhmen
und Mähren
Zentralverwaltung
Prag IV
Czernin-Palais.



Unser Zeichen: IC 4400/Dr.K./Ko.
Gegenstand: Protektoratszulage.

Ihr Zeichen:

Vom nationalpolitischen Standpunkt bedarf es keiner näheren Erörterung, dass alle deutschen öffentlich-Bediensteten in diesem Raum nur eine Aufgabe erfüllen. Schon aus diesem Grund allein ist es nicht mehr tragbar, dass weiterhin ein Unterschied besteht zwischen unmittelbaren Reichsbeamten und den deutschen öffentlich-Bediensteten in der Protektoratsverwaltung, was insbesondere dadurch zum Ausdruck kommt, dass die Reichsbeamten die Protektoratszulage erhalten und die anderen nicht.

Mein!
Die Protektoratszulage, die den Charakter einer Aufwandsentschädigung hat, wurde seinerzeit unter Berücksichtigung der ausserordentlichen und der Teuerungsverhältnisse in diesem Raum eingeführt. Falls also diese Zulage eine sachliche Berechtigung hat, so ist sie auch den deutschen Protektoratsbediensteten zu gewähren oder abzuschaffen.

Auf jeden Fall kann die Lösung dieser Frage, die sich schon so lange Zeit herauszieht, nicht weiter aufgeschoben werden.

Die unterschiedliche, besoldungsrechtliche Behandlung ist auch den Tschechen nicht verborgen geblieben. Die Beseitigung dieses Zustandes ist in dieser schweren Zeit nationalpolitisch erforderlich. Es wird dadurch der tschechischen Wühlarbeit eine weitere Grundlage entzogen, denn es darf nicht ausser acht gelassen werden, dass die tschechische Minierarbeit mit Flüsterpropaganda auch in die deutschen Kreise einzudringen sucht, wozu ihr gerade

b.w.

La

2!!

die " Protektorzulage " ein geeignetes Hilfsmittel ist. Andererseits muss bei den deutschen Protektorsbeamten zwangsläufig das Gefühl einer Minderwertung ihrer Stellung und Arbeit hervorgerufen werden. Die unterschiedliche Behandlung erschwert es auch der Partei, diese Beamten in der nationalen Weltanschauung zu festigen.


!!

Das war die Besprechung mit Herrn Dr. Kerner

Ich verweise aus diesem Anlaß, auch auf die am 22.4.1944 bei der Parteiverbindungsstelle mit Herrn Oberregierungsrat ^{Dr.} H o f m a n n in dieser Angelegenheit gepflogene Besprechung.

Ich bitte um eheste Stellungnahme.

Heil Hitler!


Dr. Kahler



3

5. Dezember 1941.

St.S. IV D - 190/41.

--

--

6. 11. 1941 *fen*

An Herrn
Kreisleiter Wollner,

P i l s e n ,
Kreisleitung.

Kreisleiter !

In Sachen Gewährung der Protektoratszulage an die deutschen Bediensteten in der Protektoratsverwaltung lehnt der Reichsminister der Finanzen die Gewährung der Zulage ab.

Die Gewährung einer Leistungszulage begegnet im Amt des Reichsprotectors grundsätzlichen Bedenken.

Ab 1.1. k.Js. erhalten die in der Protektoratsverwaltung tätigen deutschen Bediensteten ihre Bezüge unmittelbar von der Oberkasse des Reichsprotectors ausgezahlt. Es ist dafür Sorge getragen, daß die Auszahlung sowohl die Protektoratsbezüge als auch die Ausgleichszulage umfaßt. Die Verrechnung findet nachträglich statt. Damit ist die Gewähr gegeben, daß die deutschen Bediensteten nicht benachteiligt werden.

Heil Hitler !
Ihr

h

Oberregierungsrat.

2.) Z.d.A. *h*

Prag, den 26. November 1941.

K.H. mit 2 Anlagen
dem Herrn Unterstaatssekretär

unter Bezugnahme auf den Inhalt der Anlagen zur Kenntnis zugeleitet.

Die Vorgänge stammen von Kreisleiter Wollner, Pilsen. Der Herr Staatssekretär lässt Sie um einen kurzen Situationsbericht bitten. Für die entsprechende weitere Veranlassung bin ich zu Dank verbunden.

Oberregierungsrat.

Herrn Unterstaatssekretär

- 1) Die Protektoratszulage für die deutschen Bediensteten in der Protektoratsverwaltung haben wir schon verschiedentlich durchzubringen versucht. Der Reichsfinanzminister hat jedoch noch zuletzt bei der grossen Chefbesprechung in Berlin eine Gewährung der Protektoratszulage an die bei den Protektoratsbehörden angestellten deutschen Bediensteten kategorisch abgelehnt. Ich bin auch der Auffassung, dass es keinen Wert hat, weitere schriftliche Anträge beim Reichsfinanzminister zu stellen, die Gründe sind dem Reichsfinanzminister genau bekannt. Es kann hier nur eine unmittelbare Führerentscheidung, die über den Kopf aller Instanzen hinweg zu erbitten wäre, helfen.

Gegen

9a

- 2) Gegen eine Gewährung einer Leistungszulage muss unter allen Umständen Stellung genommen werden, da ein Vergleich der Leistungen wohl kaum die Gewährung einer Leistungszulage rechtfertigen kann.
- 3) Ab 1. Januar 1942 erhalten die bei den Protektoratsbehörden Bediensteten ihre gesamten Bezüge (Protektoratsbezüge und Ausgleichszulage) in Höhe der Reichszulage unmittelbar von der Oberkasse des Reichsprotectors. Eine Verrechnung findet erst nachträglich statt. Es werden von 1. Januar ab laufend die Bezüge in Höhe der Reichsbezüge rechtzeitig gewährt werden. Deshalb wurde die Neuregelung eingeführt.

62874

Frichz 28.11.



18443

Zulagen für Protektoratsbedienstete
deutscher Staatsangehörigkeit.

5

- Sachlage: Für die bei den Protektoratsbehörden eingesetzten deutschen Bediensteten wird eine Protektoratszulage nicht gewährt. Die bei einzelnen Behörden gewährten Leistungszulagen für Mehrarbeit u. besondere Verantwortung wird von der Ausgleichszulage abgezogen.
- Schwierigkeit: Qualifizierte Kräfte suchen und finden eine Anstellung bei denjenigen Behörden, die eine Protektoratszulage gewähren oder in der Wirtschaft.
- Antrag: den deutschen eingesetzten Protektoratsbediensteten eine Protektoratszulage zu gewähren oder die Leistungszulagen nicht von der Ausgleichszulage abzuziehen.
- Begründung: Die deutschen Arbeitskräfte müssen vorbildlich sein und ihrer Umgebung an Tüchtigkeit u. Haltung weit überlegen sein. Für eine Einstellung kommen daher nur einwandfreie und tüchtige Kräfte in Betracht. Diese werden heute überall besser bezahlt als bei den Protektoratsbehörden.

11/18/11

Besoldungsfrage der
deutschen Gemeindebediensteten.

6

- Sachlage: Ab 1.1.1942 erfolgt die Auszahlung der gesamten Bezüge durch den Herrn Reichsprotector. Dadurch wird das Verfahren vereinfacht.
- Schwierigkeit: Die Berechnung der Ausgleichszulage wird wie bisher erfolgen und in vielen Fällen Wochen und Monate dauern.
- Antrag: Die Besoldungsabteilung personell in die Lage versetzen die Durchrechnungen rechtzeitig durchzuführen; das Durchrechnungsverfahren zu vereinfachen; eine Dezentralisierung an die Oberlandräte oder die deutschen Behördenleiter zu erwägen.
- Begründung: Da die Protectoratsgehälter oft nur 60% der tatsächlichen Bezüge betragen und die Lebenshaltung der Deutschen sichergestellt sein muss, ist die rechtzeitige Auszahlung der Ausgleichszulage eine dringende Notwendigkeit.

